

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Postgebühren monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Geschäftszeit** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6spaltige Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 105.

Dresden, Sonnabend den 9. Mai 1914.

25. Jahrg.

Der Prozeß des christlichen Gewerkschaftsführers Baumgart vor dem Dresdner Schöffengericht gegen die Gewerkschaftsbeamten Beyer und Staudinger endete trotz der Verurteilung der Angeklagten mit einer moralischen Niederlage des Christenführers.

In Westfalen hat ein Wolkenbruch große Überschwemmungen hervorgerufen.

In mehreren Städten Oberitaliens kam es in den letzten Tagen zu antilöcherischen Kundgebungen.

In Sizilien hat ein Erdbeben große Verheerungen angerichtet.

Die Epiroten haben den Waffenstillstand abgelehnt.

## Der zweite Gang.

Von unserem Korrespondenten.

ehr. Paris, 6. Mai.

Nach dem ersten Wahlgang konnte man mit absoluter Klarheit bloß eine Tatsache feststellen: den Sieg des Sozialismus und die Niederlage der „radikalen“ Halbheit, die der militäristischen Reaktion weder ja noch nein zu sagen wagte. Der Sieg der Reaktion und ihrer treuen Verbündeten, der Briandisten, war bloß ein Scheinbarer. Es ist nämlich bekannt, daß die geeinigten Radikalen im ersten Wahlgang alle ihre Kräfte angespielt hat. Die Mandatanten der Reaktion und der offenen, rücksichtslosen Reaktion traten beiseite vor den Briandisten zurück. Sie sicherten also in vielen Fällen den Sieg der Reaktionen. Dazu werden meistens die Reaktionen in solch reaktionären Kräftewinkeln gewählt, daß jeder Kampf im Voraus für die anderen Parteien als hoffnungslos erscheint. Dagegen gehen die Kandidaten des Sozialismus verpöhlert ins Treffen. Und dabei werden sie von den Kandidaten der Sozialistischen Partei aufs entschiedenste bekämpft. Diese Umstände bewirken, daß eine klare Ueberlicht der politischen Lage erst nach dem zweiten Wahlgang gewonnen werden kann.

Schon öfters hing das Schicksal der Republik von dieser letzten Wahl ab. Wer entscheidet nun über den Ausgang des zweiten Wahlganges? Die Wahlbündnisse. In 57 Wahlkreisen stehen sozialistische Kandidaten in der Stichwahl. Sie hängen fast ausschließlich von den Radikalen ab. In zahlreichen Wahlkreisen können dagegen die Radikalen bloß mit Hilfe der Sozialisten gewählt werden. Man kann ohne jede Uebertreibung sagen, daß das Schicksal der Republik von der Taktik der Sozialisten und der Radikalen abhängt. Unsere Partei war gerüstet. Schon auf dem letzten Kongreß in Amiens hat sie mit der Möglichkeit einer solchen Sachlage gerechnet. Sie hat daher beschlossen, bei Beibehaltung ihrer absoluten Unabhängigkeit von allen bürgerlichen Parteien, für die Aufrechterhaltung und Entwicklung der Republik einzutreten.

Damit ist die Taktik der Sozialistischen Partei klar und sicher dargelegt. Wir kämpfen vor allem für unsere Sache, für die Befreiung der Arbeiterklasse vom Joch des Kapitalismus. Im zweiten Wahlgang aber stehen wir vor Aufgaben der Gegenwart: die allgemeinen Bedingungen einer gesunden Entwicklung der bürgerlichen Republik sicher zu stellen, mit anderen Worten: die bürgerliche Republik gegen die Bande der briandistischen Dunkelmänner und Exzentriker zu verteidigen.

Diese Aufgabe war um so dringender, als eine große Zahl der Radikalen ihre eigene Fahne aus ihren schwachen Händen fallen ließ. Ein bedeutender Führer des geeinigten Sozialismus, Herr Camille Pelletan, sah sich gezwungen, diese Abtrünnigen und Halbradikalen vor der öffentlichen Meinung zu brandmarken.

Die Sozialistische Partei erscheint also nicht bloß als die einzige Vorkämpferin des Proletariats und des Friedens, sondern auch als die zuverlässigste Verteidigerin der republikanischen Freiheit. Die Reaktion sah mit Schrecken diesem momentanen Notbündnis der Sozialisten und Radikalen entgegen. Sie hat sogar versucht, sich als Hüterin der Reinheit der sozialistischen Prinzipien aufzuspielen. Sie führte und setzte: „Der Sozialismus vertritt seinen Klassenstandpunkt, indem er sich weigert, die Geschäfte der Reaktion zu besorgen.“ Da sie aber mit einem lauten Lachen empfangen wurde, so suchte sie die Radikalen vor dem Bündnis mit der Partei der Revolution und des Internationalismus abzuschrecken. Selbstverständlich fand sie in den radikalen Reihen manches Ohr. Einer der angesehensten Führer des Sozialismus, Herr Leon Bourgeois, der sich stets als unwohl anfügt, wenn es gilt, für seine Partei in die Schranken zu treten, veröffentlicht einen Brief, in dem er ein Zusammengehen mit den geeinigten

Sozialisten als ausgeschlossen betrachtet. Herr Leon Bourgeois ist die Verkörperung des charakterlosen Teiles des französischen Radikalismus. Zur Ehre des geeinigten Radikalismus muß gesagt werden, daß der Rat von Leon Bourgeois höflich aber entschieden abgewiesen wurde. Es wurde dem Führer klar gemacht, daß seine einzige politische und soziale Reform ohne die tätige Unterstützung der geeinigten Sozialisten durchführbar ist. Die Radikalen mühten, wenn sie keinen Selbstmord begehen wollten, die Sozialisten im zweiten Wahlgang unterzügen.

Die geschichtliche Entwicklung bringt es mit sich, daß ein Teil des Kleinbürgertums aus Schrecken vor der anschwellenden Flut des Sozialismus sich in die Arme der Reaktion wirft. Diese Kleinbürger sind Anhänger des Renegatentrios Briand-Millerand-Barthou. Aber es ist nicht der größte Teil des Kleinbürgertums. Die Meisten sagen sich, daß die Arbeiterklasse in ihrem täglichen Kampf für mehr Freiheit, für mehr Licht und mehr Wohlsein auch kleinbürgerliche Augenblicksinteressen besser verteidigt, als das Großbürgertum und die Kapitalisten, deren Klassenegoismus keine Schranken kennt. Die große Mehrheit der radikalen Partei, die das Kleinbürgertum politisch vertritt, ist daher gezwungen, mit Hilfe der Sozialisten gegen die Reaktion zu kämpfen, wodurch uns der Kampf für die Freiheiten der Republik erleichtert wird.

### Zwischenfall in der Wählerversammlung.

Konst., 2. Mai. Die gestrige Wählerversammlung des zur Stichwahl gelangenden sozialistisch-republikanischen Kandidaten Kugener erfuhr eine eigenartige Störung. Die Pariser Choristin Pauline Henry, von der Kugener vor einigen Wochen vor der Deputiertenkammer überfallen und mißhandelt worden war, hatte sich in die Versammlung eingeschlichen. Sie unterbrach Kugener während seiner Rede mit heftigen Beschimpfungen und rief aus: „Ich bin die Frau, die Kugener in Paris geprügelt hat.“ Die Choristin wurde verhaftet. Die Gegner Kugeners demühten aber einen solchen Vorkommnis, daß die Versammlung geschlossen werden mußte.

## Verfassungskämpfe im Reichstag.

Es ist ein beachtenswertes Zeichen der Zeit, eine gute Kennzeichnung der politischen Situation in Deutschland und ein Dokument der politischen Entwicklung, die immer zuerst sich in den Anschauungen der Menschen zeigt, daß im Reichstage, wenn auch erst noch schwachen, immer häufiger und entscheidender ein Ringen nicht nur um die Beachtung der bestehenden Verfassung, sondern auch um deren Ausbau in fortschrittlicher Richtung in die Erscheinung tritt. Am Donnerstag drehte sich bei der Beratung der Befolgungsnote die Debatte im wesentlichen um die „unwürdige Stellung des Reichstages“, d. h. um seine Rechtslosigkeit, die seit Bestehen des Deutschen Reiches nie anders war. Am gestrigen Freitag, wo die Verhandlung über den Militäretat von früh 10 Uhr bis abends 7 Uhr dauerte, wurde gegen den Absolutismus in der Militärverwaltung gekämpft.

Den Reigen eröffnete — nach Erledigung der kleinen Anfragen — der Abgeordnete Gothein von der fortschrittlichen Volkspartei. Er zeigte, daß seit 1885 die Verfassung systematisch verletzt wird. Das Heer wird nämlich in Preußen lediglich vom Militärkabinet verwaltem, das dem Reichstag nicht verantwortlich ist, weil es überhaupt nicht der Verfassung entspricht. Dieses Militärkabinet schaltet und waltet, wie es ihm beliebt, und der Kriegsminister ist nichts anderes als der Prägelknabe, der im Reichstage die Angriffe über sich ergehen lassen muß, ohne daß er die Möglichkeit hat, an den Zustand etwas zu ändern. Kein Wort steht davon in der preussischen Verfassung, daß die „oberste Kommandogewalt“ allein über das Heer zu bestimmen habe. Im Artikel 47 der Verfassung von Preußen heißt es: „Der König besetzt alle Stellen im Heere sowie in den übrigen Zweigen des Staatsdienstes.“ Ein Unterschied zwischen Heer und Staatsdienst ist nicht vorhanden. Die Ernennung des Offiziers ist ein Regierungsakt. Nach Artikel 44 bedarf jeder Regierungsakt einer Gegenzeichnung durch einen Minister, soweit die Unterschrift des Königs dazu überhaupt notwendig ist. In Sachsen, Bayern und Württemberg geschieht das auch, in Preußen aber werden die Ernennungen der Offiziere nicht vom Kriegsminister gegenzeichnet, sondern vom Chef des Militärkabinetts. Gothein verlangte die Beachtung der Verfassung und die Mitwirkung des Reichstages bei der Militärverwaltung, und er erwartete, daß der Reichstag einmal sämtliche Kosten für das Militärkabinet streicht.

Das und weit mehr wird allerdings der Reichstag tun müssen, wenn er endlich ein Parlament werden will, das mehr ist als nur eine beratende Körperschaft. Die Schaffung eines dem Reichstag verantwortlichen Kriegsministeriums, dem das Heer unterstellt ist und das kein überantwortliches Militärkabinet über sich hat, ist noch lange keine parlamentarische Regierung, aber dennoch von wesentlicher Bedeutung. Was nützen alle Kritiken im Reichstage, was nützt es, daß auch der Kriegsminister die Soldatenmißhandlungen bedauert, die Zweile bestrift, wenn die

d. Falkenhahn gestern im Reichstage die Ausschließung der Juden aus dem Offizierskorps als verfassungswidrig bezeichnete, er aber nicht einmal das Recht hat, etwas dagegen zu tun? Auf die Frage, was er denn gegen alle die Mißstände im Heere unternommen habe, blieb der Kriegsminister die Antwort schuldig — polemisierte gegen die „Theoretiker und Fanatiker“ und forderte zum Kampfe gegen den „Dämon“ auf, der der Jugend die Kraft ausaugen wolle, die sie bedürfe, um einst das Vaterland zu verteidigen und der die Ideale hämisch in den Staub ziehe. Das sei der Dämon — „der echt preussischen Leute“, rief der Abgeordnete v. Vitz dagewischen, während der Kriegsminister das „verschönerete Weltbürgertum“ und den „Materialismus“ meinte.

Daß der Graf Westarp, der Redner der Konservativen, für den Absolutismus und gegen die Mitwirkung des Reichstages und die Verantwortlichkeit des Kriegsministers donnerle, war nicht anders zu erwarten. Diese und seine weiteren Ausführungen, die in antisemitischen „Wigen“ und abgedroschenen Redensarten gegen die Sozialdemokratie bestanden, machten keinen Eindruck. Auf seine Verleumdung, die Sozialdemokraten redeten in Volksversammlungen anders als im engen Kreise der Parteigenossen, antwortete treffend unser Genosse Schöpslin, indem er auf Westarp den Spruch anwendete:

„Was ich denke, was ich tu',  
Trau' ich auch den andern zu!“

Im übrigen hielt unser Redner nochmals eine gründliche Abrechnung mit dem Kriegsminister. Er ging besonders auf die zahlreichen und schwerflichen Soldatenmißhandlungen ein, gegen die man endlich Taten, nicht Worte des Kriegsministers erwarte. Die fortgesetzten Mißhandlungen, sagte er mit Recht, die Tatsache, daß einem Soldatenkinder in einem bestimmten Zeitraum oft 80 und 100 und mehr Hiebe nachgewiesen wurden, zeige, daß es eine große Anzahl pflichtvergessener Offiziere, Kommandeure gebe. Auch Schöpslin wandte sich gegen den Absolutismus des Militärkabinetts, mit dem sich soeben in einer langen Rede der Fortschrittler Müller-Meinigen beschäftigte, dem der Zentrumsredner Schröder mit ausgezeichneten staatsrechtlichen und juristischen Darlegungen über den derzeitigen verfassungswidrigen Zustand folgte. Schröder zeigte die Verfassungsüberlegung an dem klaren Wortlaut der Verfassung und der Kabinettsorder von 1861, auf die sich Graf Westarp berufen hatte. Er wies aber auch darauf hin, daß die Marine lediglich dem Reich unterstehe, die preussische Verfassung für sie also überhaupt nicht in Betracht komme. Und er kündigte an, daß der Kampf um die Verfassung und die Rechte des Reichstages von nun an immer häufiger und entschiedener auftreten werde, bis ein Zustand geschaffen sei, mit dem sich der Reichstag und das Volk zufrieden geben könne.

Fast ein halbes Jahrhundert hat sich der Reichstag den „unwürdigen“ und verfassungswidrigen Zustand, der ja nichts anderes ist als der alte Absolutismus, ruhig gefallen lassen. Ob er nun endlich sich zu einer würdevollen Haltung aufraffen und den Kampf gegen die Militärkabinet durchzuführen wird, muß abgewartet werden. Einweilen hat er gestern dem Kriegsminister, der gar kein Kriegsminister ist und nichts zu sagen hat, sein Gehalt wieder bewilligt und nur das geforderte Pressebudget des Kriegsministeriums abgelehnt, nachdem Dertel von den Konservativen und Schiffer von den Nationalliberalen dafür, Genosse Stücklen und der Fortschrittler Liesching dagegen gesprochen hatten. Aber das Kriegsministerium hat gestern einen bösen Tag erlebt, der es um den letzten Rest des Ansehens brachte. Und die vorzügliche und sachverständige Rede des Zentrumsabgeordneten Häusler, eines Generals a. D., über die unzulässige, schlechte, längst veraltete Organisation der Intendantur — das Kapitel hatte vor ihm unser Genosse Kühnert angesehritten — war geeignet, das Vertrauen in die ganze Militärverwaltung zu zerstören.

### Oho!

Bei ihren Versuchen, das Vereinsgesetz in schändlicher Weise gegen die Arbeiterjugend auszunutzen, verteidigt sich die arme Polizei täglich in neue Fallstricke. So konnte es am Donnerstag passieren, daß in Charlottenburg zwei Referate des Genossen Erdmann und der Genossin Wally Jepsier über das Thema: „Jugend heraus!“ wegen ihres unpolitischen Charakters anstandslos passieren durften, daß aber die Versammlung für politisch erklärt wurde, als ein theologischer Diskussionsredner seine Ausführungen mit hebräischen Bibelzitate zu schmücken begann. Also wäre es die Bibel, die in ihrem Urtext für politisch erklärt worden ist. Ganz sicher ist aber auch das noch nicht heraus, denn der überwachende Polizeileutnant bezeichnete als anschlagentendenden Grund für seine Amtshandlung die Tatsache, daß jemand aus der Versammlung heraus zu den hebräischen Zitaten „Oho!“ gerufen hatte. In dem berühmten Gerichtsurteil, das — natürlich in einem Streifprozeß — die Route: „U. u. mau, mau!“ für eine schwere Verleumdung erklärte, liefert die Politische Erklärung des „Oho!“ ein reizvolles Gegenstück.

War schon durch dieses glückliche Dagwiffengreifen die Versammlung vor der Gefahr des Verfalls in einer langweilig unverständlichen Diskussion gerettet, so erzeugte es einen

Die Mittagsgötter

Wunderbaren Garts in mich ein. Das spielen des Gumbes dort

schilt in Leben von Ma

Bei ihren Versuchen, das Vereinsgesetz in schändlicher Weise gegen die Arbeiterjugend auszunutzen, verteidigt sich die arme Polizei täglich in neue Fallstricke. So konnte es am Donnerstag passieren, daß in Charlottenburg zwei Referate des Genossen Erdmann und der Genossin Wally Jepsier über das Thema: „Jugend heraus!“ wegen ihres unpolitischen Charakters anstandslos passieren durften, daß aber die Versammlung für politisch erklärt wurde, als ein theologischer Diskussionsredner seine Ausführungen mit hebräischen Bibelzitate zu schmücken begann. Also wäre es die Bibel, die in ihrem Urtext für politisch erklärt worden ist. Ganz sicher ist aber auch das noch nicht heraus, denn der überwachende Polizeileutnant bezeichnete als anschlagentendenden Grund für seine Amtshandlung die Tatsache, daß jemand aus der Versammlung heraus zu den hebräischen Zitaten „Oho!“ gerufen hatte. In dem berühmten Gerichtsurteil, das — natürlich in einem Streifprozeß — die Route: „U. u. mau, mau!“ für eine schwere Verleumdung erklärte, liefert die Politische Erklärung des „Oho!“ ein reizvolles Gegenstück.